Bitkom e.V. | Presseinformation

Digitale Souveränität: Mehr Schutz wichtiger Unternehmen gefordert

- **79 Prozent fordern staatliches Eingreifen bei Übernahmen durch Nicht-EU-Investoren**
- **Investoren aus Russland und China werden besonders kritisch gesehen**

Berlin, 26. Januar 2026 – Ob Halbleiterfertigung, Cloud-Dienste, Software-Plattformen, Cybersicherheitslösungen oder marktführende Unternehmen aus Industrie, Infrastruktur und Handel: Eine überwiegende Mehrheit der Menschen in Deutschland ist der Ansicht, dass die Kontrolle von Schlüsselunternehmen der deutschen Wirtschaft – und damit auch der Einfluss auf Technologien, Daten und zentrale Teile von Wertschöpfungsketten – nicht von Akteuren außerhalb der EU übernommen werden sollte. 79 Prozent sagen, die Bundesregierung sollte Übernahmen von Spitzen-Unternehmen der deutschen Wirtschaft durch Nicht-EU-Investoren verhindern. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung unter 1.156 Menschen ab 16 Jahren in Deutschland im Auftrag des Bitkom. Dabei gibt es aber große Unterschiede, was die einzelnen Herkunftsländer betrifft. So sollte die Bundesregierung solche Übernahmen nach Ansicht von 84 Prozent bei Investoren aus Russland verhindern, 74 Prozent nennen China. Dahinter folgen Golfstaaten wie Saudi-Arabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate (59 Prozent) sowie Indien (42 Prozent). Investoren aus den USA (33 Prozent) und Japan (19 Prozent) werden deutlich seltener als Länder genannt, aus denen Übernahmen verhindert werden sollten. Nur 2 Prozent wollen Übernahmen egal aus welchem Land grundsätzlich stoppen. Ebenfalls 2 Prozent sind der Meinung, die Bundesregierung solle grundsätzlich alle Übernahmen zulassen.

„Souveränität heißt, bei Schlüsseltechnologien unabhängig zu bleiben oder unabhängiger zu werden. Dazu gehört auch die Frage, wer am Ende die Kontrolle über strategisch wichtige Unternehmen hat“, sagt Bitkom-Präsident Dr. Ralf Wintergerst. „Deutschland braucht weiterhin offene Märkte und Investitionen auch von außerhalb der EU. Investitionsprüfungen müssen Risiken für Sicherheit, Resilienz und technologische Selbstbestimmung adressieren.“ Angesichts der geopolitischen Spannungen müsse Deutschland handlungsfähig bleiben. „Dazu gehört vor allem, Abhängigkeiten zu reduzieren und dort konsequent zu handeln, wo zentrale technologische Kompetenzen, kritische Infrastrukturen oder die wirtschaftliche Sicherheit auf dem Spiel stehen.“

Kontakt

Nina Paulsen
Pressesprecherin
Telefon: +493027576168
E-Mail: n.paulsen@bitkom.org
Download Pressefoto

Carlo Zensus
Manager für Innovationspolitik und Außenwirtschaft
Download Pressefoto
Nachricht senden

Hinweis zur Methodik

Grundlage der Angaben ist eine Umfrage, die Bitkom Research im Auftrag des Digitalverbands Bitkom durchgeführt hat. Dabei wurden 1.156 Personen in Deutschland ab 16 Jahren telefonisch befragt. Die Befragung fand im Zeitraum KW 39 bis KW 43 2025 statt. Die Umfrage ist repräsentativ. Die Fragestellungen lauteten: „Inwieweit treffen die folgenden Aussagen zu Maßnahmen beim Thema Digitale Souveränität auf Sie bzw. Ihrer Meinung nach zu?“ und „Wenn Sie an Übernahmen von Spitzen-Unternehmen der deutschen Wirtschaft durch Nicht-EU-Investoren denken: Aus welchen

Ländern sollte die Bundesregierung solche Übernahmen verhindern?“.

Direktlink: ***https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Digitale-Souveraenitaet-Mehr-Schutz-wichtiger-Unternehmen-gefordert***